



25.04.2015

SOS! #Save Donbass People From Ukrainian Army

Osteuropa - ein Region der Zerrissenheit ?

Zitierweise Empfehlung: Tchernodarov, A.: Osteuropa - ein Region der Zerrissenheit ? In:

www.tchernodarov.de/Blog: EU-Osteuropapolitik. Beitrag vom 25.04.2015

Eine legitime Frage der Osteuropakunde bleibt - welche Voraussetzungen fördern eine Ungleichgewicht in der Gesellschaft eines Landes welches als Folge in seinem politischen System ins Schwanken geraten kann? In dem vorliegenden Beitrag werde ich einige Aspekte der konkurrierenden Narrative in den osteuropäischen Ländern skizzieren. In der Geschichte sind genug Beispiele dafür bekannt, dass das Systemschwingen in einer Krisen-Situation und großen sozialen Belastung eintritt. Jede Gesellschaft verkörpert in sich mehrere Gegensätze und konkurrierende Kontinuitäten. Eine harmonische Gesellschafts- und Staats-Entwicklung bedeutet nicht die Abwesenheit von Gegensätzen, sondern bedeutet eine Integrierung der Gegensätze in einem System, in dem konkurrierende Kräfte sich in einer Balance befinden und in eine fördernde positive Kraft verwandelt werden.

Eine der möglichen strukturellen Formen im Politischen System kann der Föderalismus sein. Die 27 föderal organisierten Staaten der Welt zeigen eine große Palette der möglichen föderalen Staatstypen. Es ist in unserem Kontext genug zu erwähnen, dass der deutsche Föderalismus, der Spanischen, der US-Amerikanischen und der Russische verschiedenartig sind und helfen im politischen System unterschiedliche Ziele zu erreichen.

Die Analyse der Gegensätze ist jedoch unabhängig von einer Lösungsform in einem jedem Land auf der ideologischen, nationalen und wirtschaftlichen Ebene entscheidend, denn eine Abwesenheit ihrer kann zu einer unkontrollierbaren Situation und Staatskrise führen. Es ist gleichzeitig kein Geheimnis, dass eine gezielte Förderung von bestimmten existierenden extremen Gegensätzen von Außen mit großer Wahrscheinlichkeit zu Unruhen führt. Mehr noch, es kann bewusst zu einem destruktivem Verlauf geleitet werden. Zahlreiche Beispiele dafür wurden durch die so genannten Bunten Revolutionen der letzten Jahre geliefert. Die so genannte «Rosenrevolution» in Georgien 2003, 2004 - «Orange-Revolution» in Kiev, «Tulpenrevolution» in Kirgisien 2005 und ein Jahr später eine versuchte Revolution in Weißrussland, die Revolution in Moldawien 2009 war auch nur ein Versuch, der zweite Versuch in der Form der so genannten «Volksrevolution» in Kirgisien 2010 brachte Akaew zum Flucht. Nicht zu letzt muss in dieser Reihe der «Euromaidan 2014» in Kiev genannt werden.

Zu dem gleichen polittechnologischen Muster gehören außerdem Revolutionen in Tunesien und Ägypten (2010/2011), sowie der arabische Frühling 2012 und die versuchten Revolutionen in Bangkok und 2014 so genannte "Regenschirmrevolution" in Hongkong. Die Letztere war von einem Beobachter als "Majdan-Süßsauer" definiert worden.

Ein markantes Beispiel ist dafür, dass die EU-Außenpolitik eine starke Beeinflussung auf die innere Stabilität der Nachbarstaaten hat, ist die Initiative der Östlichen Partnerschaft. Bewusst wurde von der EU von Anfang an das Berücksichtigen der Russischen Föderation in diesem Projekt ausgeschlossen, was die restlichen sechs Länder, Mitglieder des EU-Projektes, von

einer scharfen Wahl zwischen West- und Ostorientierung gestellt haben. Die vorhandenen Gegensätze der betroffenen Gesellschaften wurden dadurch verschärft. Das ist Bemerkenswert, weil alle osteuropäische Länder, inklusive Russland in ihrer kulturellen Identität europazentrisch orientiert sind. Es ist nicht zu fällig, dass in diesen Ländern sei es Ukraine, Armenien oder Russland ein "Euro"-Zusatz eine positive Bedeutung eines Begriffes betonen muss. Das sieht man sogar in alltäglichen Wortkonstruktionen wie "Euro-Renovierung", oder in einer Immobilienwerbung - "europäische Wohnstandarts in Moskau" usw. Zu dieser Gruppe der Wortbildung gehört auch der so bekannt gewordene "Euromajdan". Die europäischen Werte sind ein fester Bestandteil der osteuropäischen Kultur.

Das EU-Projekt "Östliche Partnerschaft" führte für viele EU-Politiker unerwartet nicht nur dazu, dass in diesen Partner-Ländern der gesellschaftliche Ost-West Diskurs stärker verschärft wurde, sondern selbst die offizielle Position der außenpolitischen Orientierung der sechs Länder deutlich in zwei Lager geteilt wurde. Das sind einerseits EU-orientierte Georgien, Moldawien und die Ukraine und andererseits Weißrussland, Armenien und Aserbaidschan, die ihre Entwicklung in der Eurasischen Union (EAU) sehen. Dazu muss hier erwähnt werden, dass die EAU gegenwärtig aus fünf Ländern besteht: Russland, Weißrußland, Kasachstan, Armenien und Kirgisien. Die politische, wirtschaftliche und ideengeschichtliche Kontinuitäten in den ehemaligen Sowjetrepubliken, inklusive Russland, sind polarisiert worden und wurden in den Bann der konkurrierenden Narrativen gezogen. Das ist meines Erachtens die typischen Prozesse für einen souveränen Nationalstaat im Entstehen. Gesetzmäßig wendeten sich alle neuen souveräne Länder, die ein neues Politisches System nach dem Zerfall des Ostblocks aufbauen mussten zu ihrer historischen Erfahrung. So ist es auch in Polen und in den Baltischen Länder geschehen. Die gleiche Prozesse fanden bei allen neuen EU-Mitgliedern im Zuge der beiden Wellen der EU-Osterweiterung statt. Die Verläufe der Reformen verlaufen aber von Land zu Land verschiedentlich, abhängig von den geopolitischen Gegebenheiten, der strategischen Bedeutung und der historischen Erfahrung einzelnen Gesellschaften. Für die meisten diesen Länder hat die Integration in die EU eine stabilisierende Rolle gespielt. Eine Ausnahme bilden Litauen, Estland, Bulgarien und Ungarn. Das erste Mal wurden Neufindungs-, Neudefinierungsprozesse massiv dem Einfluss von äußeren Kräften beim Zerfall von Jugoslawien ausgesetzt.

Die Zentralasiatischen Republiken wendeten sich dementsprechend an die eigene identitätsbildende historischen Erfahrung. Wem wundert es, dass in den meisten dieser Länder die autoritären, zentralistischen Regierungszüge so stark ausgeprägt sind, dass sich ehemalige Sowjeteliten für Jahrzehnte gefestigt haben. Im Kasachstan wurden sogar in die Verfassung die entsprechenden Änderungen eingeführt und einen neuen Status "El basy" - eines Führer der Nation verfassungsrechtlich geschützt. Narsultan Nasarbaev ist nicht nur, oder erst in zweiter Linie Präsident. Er ist vor allem "El basy" der Nation.

Auch Russland ist ein Nationalstaat im Werden. Die Russische Föderation griff demzufolge zu eigenen vorrevolutionären und sowjetischen Erfahrungen. Ich kann nur warnen die sowjetische Narrative mit der russischen gleich zu stellen. Das passiert im Westen immer wieder, dass man das heutige Russland als eine kleinere Sowjetunion sieht. Im Kürze ist notwendig zu bemerken, dass der Anspruch auf Universalität, was für die UDSSR typisch war, in allen Bereichen der russischen Staatsidentität nicht mehr vorhanden ist. Hier gibt es ideengeschichtlich zwei konkurrierenden Narrative - "Russkij Mir" als eine Kulturphilosophie und der in den 20er Jahren des 20.Jahrhundert in der russischen Berliner Emigration formulierte "Eurasismus" als eine geopolitische Ideologie. Diese beiden Strömungen funktionieren oft komplementär zueinander.

Es ist offensichtlich, dass die EU in ihrem Projekt "Östliche Partnerschaft" die historischen und wirtschaftlichen Anbindung der ehemaligen Sowjetrepubliken von Belarus bis Kirgisien mit Russland zu ignorieren und zu verdrängen versucht haben. Die Bevölkerungen sind faktisch im postsowjetischem Raum auf eine prosperierende russische Wirtschaft angewiesen. Die Folgen der russischen Wirtschaftskrise treffen die Ökonomien der ehemaligen Sowjetrepubliken in größerem Umfang als die der Länder der EU. Daraus resultieren sich Konsequenzen für die soziale und politische Instabilität der russischen Nachbarländer. Das sind die Kollateralschäden des Wirtschaftskrieges gegen Russland.

Aus der wirtschaftlichen Perspektive werden folgende Beeinträchtigungen in diesen Ökonomien deutlich:

- Die Abwertung des russischen Rubels stellt die regionalen Währungen unter Abwertungsdruck. Besonders stark sind die kasachische und die belorussische Währung betroffen.

- Erhöhter Druck auf den nationalen Arbeitsmärkten als Folge der zurückgehenden Investitionen.

- Lebenswichtig für die nationalen Ökonomien von Kirgisien, Moldawien, Ukraine und Tadschikistan sind die Überweisungen der in Russland arbeiteten Bürger (Gastarbeiter), die im Laufe der Krise zurückgegangen sind.

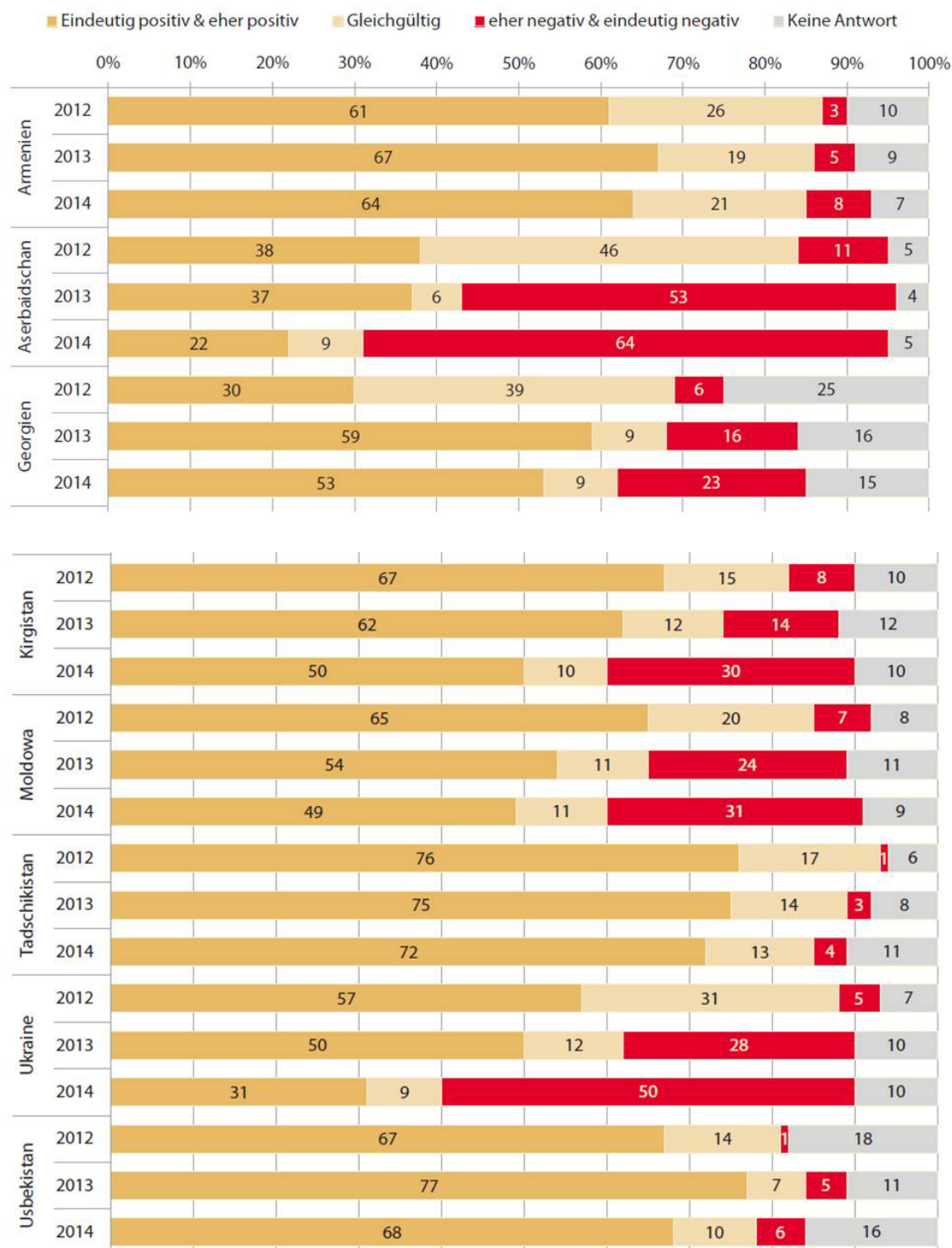
- Unerwünschte Folge ist auch die drastische Reduzierung der Exporte nach Russland. Im Bereich der Agrarproduktion ist allerdings eine Ausnahme zu verzeichnen. Russland hat die Exporte aufgestockt, weil die entsprechende Produktion aus der EU nicht mehr kommt.

Alleine diese wichtigsten Begleiterscheinungen lassen schlussfolgern, dass die soziale Destabilisierung der gesamten Region möglich ist.

In den betroffenen Länder zeichnen sich zwei Gegenstrategien. Erstens, die Diversifizierung der außenwirtschaftlichen Beziehungen. Hier bieten sich zwei Alternativmärkte - die EU und China. Wobei die Schnittmenge der gegenseitigen Interessen Land zu Land einzeln bewertet werden muss. Die EU kann auf Grund der sehr unterschiedlichen technologischen Entwicklungen für diese Länder keine ernsthafte Alternative bieten. Die zweite Gegenstrategie ist die Überwindung der Wirtschaftskrise durch maximale Annäherung an die Eurasische Union.

In diesem Kontext der Konkurrenz in der politischen Entwicklung der Länder entfaltet sich ihre der interne Wahlkampf. Anhand der Wahlergebnisse kann deutlich die innere Dualismus gelesen werden. Bei allen Nachbarn Russlands verhält es sich ähnlich. Hier ist eine Tabelle mit der Meinungsumfrage, die mit den Wahlergebnissen auffällig kongruent sind:

Integrationsbarometer der Eurasischen Entwicklungsbank: „Meinen Sie, dass Ihr Land der Zollunion und dem Einheitlichen Wirtschaftsraum beitreten sollte?“



(Quelle: Webseite von Dr. Christian Wipperfürth: <http://www.cwipperfuerth.de/wp-content/uploads/2015/02/Folie1.jpg>)

Die aktuelle Lage in Osteuropa ist ein Ergebnis der geopolitischen Entwicklungen nach der Selbstauflösung der Sowjetunion und der Warschauer Koalition. Die heiße Phase der Krise ist in der Ukraine wohl erst nach dem 21. Februar 2014 eingetreten. Der letzte Tropfen, der das

Fass zum Überlaufen gebracht hat, war der Putsch und die entstandene Situation nach dem die so genannten internationale Garanten, die drei Außenminister - von Deutschland, Polen und Frankreich nicht in der Lage waren im Geiste der eigenen Verpflichtungen zu reagieren. Alle drei haben die Vereinbarungen zwischen Opposition und dem Präsident Janukowitsch in eine Abhängigkeit vom Schicksaal eines einzelnen Menschen gestellt. Vereinbart wurden vor allem die Neuwahlen und eine Bildung der Regierung der nationalen Einheit. Das Weimarer Dreieck zeigte sich nicht als lebensfähiges Format der europäischen Politik.

Die Möglichkeiten der ukrainischen Ökonomie und der Gesellschaft soll in einem separaten Kontext analysiert werden, weil hier in Folge des verfassungswidrigen, bewaffneten Putsches eine Reihe extremer Gegensätze in den ideologischen und identitätsbildenden Narrativen der Nation aufgetreten sind. Diesem Thema widme ich einen der nachfolgenden Beiträge.